



20

Japan und der Nahe Osten:

Vertiefung der Beziehungen über
Energiesicherheit hinaus

Amane KOBAYASHI

Einleitung

Das Jahr 2023 markierte einen äußerst wichtigen Meilenstein in Hinblick auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Beziehungen zwischen Japan und dem Nahen Osten. Denn die erste Ölkrise bzw. der erste Ölschock, der sich fünfzig Jahre zuvor im Jahr 1973 ereignet hatte, erschütterte Japans Politik und Wirtschaft drastisch und prägt seine Nahost-Diplomatie bis heute.

Japan deckt beinahe seinen gesamten Ölbedarf durch Importe ab, die zu etwa 90 % aus dem Nahen Osten stammen. Fünfzig Jahre nach der Ölkrise hat sich die Abhängigkeit vom Nahen Osten in Bezug auf Erdöl eher noch erhöht und liegt seitdem bei über 95 %. Auch nimmt die Präsenz Chinas und Russlands im Nahen Osten weiter zu, während das Engagement der USA sinkt und sich die Beziehungen zwischen der Welt und dem Nahen Osten in den Bereichen Energie und Handel dramatisch verändern. Aus breiterer Perspektive der Energiesicherheit und der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung steht auch Japans Nahost-Diplomatie unter dem Druck, sich zu verändern.

Dieser Beitrag fasst Japans Nahost-Diplomatie und die Bedeutung des Nahen Ostens für Energiesicherheit zusammen und analysiert die Stärkung der Japan-Nahost-Beziehungen während der Regierung unter Premierminister Abe sowie die neuen Tendenzen in Bezug auf eine veränderte regionale Ordnung

im Nahen Osten und die dortige „Dekarbonisierung“. In diesem Beitrag werden nordafrikanische Länder ebenfalls als Teil des Nahen Ostens behandelt.

Die japanische Nahost-Diplomatie: Historischer Hintergrund und Energiesicherheit

Zwischen 1957 und 1958 erwarb das private Unternehmen Arabian Oil Company (früher Japan Export Oil Company) Ölförderungsrechte von Saudi-Arabien und Kuwait, woraufhin es mit der unabhängigen Ölgewinnung begann. Seither hat Öl aus dem Nahen Osten Japans rasches Wirtschaftswachstum unterstützt und steht bis heute im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen Japan und dem Nahen Osten. Darüber hinaus wurde die Nahost-Diplomatie Japans seit der ersten Ölkrise 1973 davon bestimmt, dass Japans Ölimporte zum Großteil vom Nahen Osten – und somit auch von der dort herrschenden sicherheitspolitischen (In-)Stabilität – abhängig sind. Die japanische Regierung verfolgt seit jeher die Richtlinie, den Frieden und die Stabilität im Nahen Osten zu fördern und gute Beziehungen zu den dortigen Ländern zu unterhalten, um dadurch gleichermaßen den Frieden und Wohlstand in Japan zu sichern.

Gleichzeitig war es für Japan in Hinblick auf die Sicherheitslage nach dem Golfkrieg von 1991 sowie dem darauf folgenden von den USA geführten “Krieg

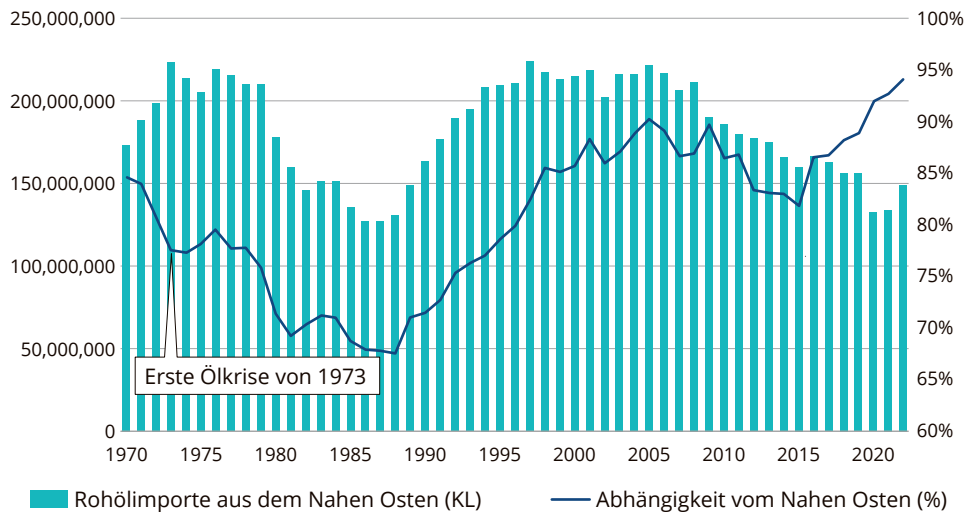
gegen den Terror“ nach den Anschlägen vom 11. September 2001 schwierig, das Gleichgewicht zwischen der japanisch-amerikanischen Allianz und seinem Engagement im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Bemerkenswert ist auch, dass die durch die Verfassung stark eingeschränkten japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte ihre Einsätze zur Stabilisierung des Nahen Ostens – darunter Seeminenräumungen im Persischen Golf nach dem Ende des Golfkriegs, Auslandseinsätze im Irak sowie Versorgungseinsätze im Indischen Ozean im Rahmen zweier Sondergesetze – als Gelegenheit genutzt haben, ihren operativen Handlungsspielraum zu erweitern und die unterstützenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Darüber hinaus führten sie noch weitere Aktivitäten im Nahen Osten durch, darunter die Überwachung des Waffenstillstands in den Golanhöhen zwischen Israel und Syrien (im Rahmen der *United Nations Disengagement Observer Force*, kurz UNDOF) und auf der Halbinsel Sinai (im Rahmen der Friedenstruppe *Multinational Force and Observers*, kurz MFO), die Bekämpfung von Piraterie vor der Küste Somalias und dem Golf von Aden sowie die Informationsgewinnung im Golf von Oman und im nördlichen Arabischen Meer.

Nach der schweren Erdbebenkatastrophe in Ostjapan im Jahr 2011 schaltete Japan die meisten seiner Kernkraftwerke ab, was dazu führte, dass der Selbstversorgungsgrad mit Energie von 20 % auf etwa 10 % sank.

Japan ist beim Großteil seiner Energieressourcen wie Erdöl, Erdgas und Kohle auf Importe angewiesen und trotz der Zunahme der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen sowie der teilweise Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken und der Einführung von Energiesparmaßnahmen in den letzten Jahren stellt die stabile Energieversorgung nach wie vor eine große Herausforderung dar. Etwa 40 % des gesamten japanischen Primärenergieverbrauchs entfallen auf Erdöl, bei dem Japan zu 99 % von Rohölimporten abhängig ist, die vor allem aus dem Nahen Osten stammen. Nach der ersten Ölkrise förderte Japan die Diversifikation seiner Ölimportquellen, wodurch seine Abhängigkeit vom Nahen Osten bis zum Geschäftsjahr 1987 auf rund 68 % gesunken war. Als China und Indonesien jedoch aufgrund des Aufschwungs der asiatischen Länder ihre Ölexportkapazitäten verloren, nahm die Abhängigkeit vom Nahen Osten erneut zu und lag in den letzten Jahren bei etwa 90 %.

So stellt die instabile politische und sicherheitspolitische Lage im Nahen Osten stets ein großes Risiko für die Energiesicherheit Japans und die Sicherheit seiner Staatsangehörigen dar. Während des Golfkriegs wurden 213 japanische Staatsangehörige in Kuwait und im Irak von der irakischen Regierung festgehalten und als „menschliche Schutzschilde“ eingesetzt. Auch in den letzten Jahren kamen bei einem Terroranschlag in Südalgerien im Jahr 2013 zehn japanische Staatsbürger ums

Rohölimporte aus dem Nahen Osten und diesbezügliche Abhängigkeit



(Erstellt vom Autor auf Grundlage von Quellen des Amtes für Rohstoffe und Energie)

Leben. Und der Vorfall im Juni 2019, als ein Tanker einer japanischen Reederei in der Nähe der Straße von Hormuz angegriffen wurde, macht ebenfalls deutlich, dass die Instabilität im Nahen Osten eine direkte Bedrohung der japanischen Interessen darstellt.

Allerdings lässt sich die Abhängigkeit vom Nahen Osten bei Erdöl- und Erdgasimporten nicht einfach kurzfristig drastisch reduzieren. Zum einen können im Nahen Osten, wo sich etwa die Hälfte der globalen nachgewiesenen Erdölreserven befinden, aufgrund der großen Exportkapazitäten enorme Mengen an Rohöl gekauft und verladen werden, was für die Importländer sehr wirtschaftlich ist. Auch die Kosten der Ölförderung gehören hier zu den niedrigsten der Welt. Umgekehrt sind die Fördermengen und Entwicklungskosten von Erdöl in

den ölproduzierenden Staaten außerhalb des Nahen Ostens häufig instabil, sodass es schwierig ist, sich mittel- bis langfristig stabile Mengen an Rohöl zu sichern. Außerdem liegt der Nahe Osten aus Sicht der asiatischen Länder, einschließlich Japan, geografisch näher als andere ölproduzierende Staaten, wodurch die Transportkosten niedrig sind. Da die meisten Ölfabriken in Japan für das Raffinieren von Rohöl aus dem Nahen Osten ausgelegt sind und dementsprechend betrieben werden, ist es aus technologischer und wirtschaftlicher Sicht nicht einfach, kurzfristig größere Änderungen an der Quelle dieser Rohölimporte vorzunehmen. Außerdem kann sich die japanische Regierung im Gegensatz zu China, wo die Regierung inländische Ölfirmen kontrollieren können, nur schwer in die privaten Ölfirmen Japans einmischen,

um deren Abhängigkeit vom Nahen Osten zu verringern.

Japans Rohölimporte sind seit ihrem Höchststand Mitte der 1990er Jahre auf eine Tagesmenge von etwa 1,5 Millionen Barrel gesunken, und es wird erwartet, dass der diesbezügliche Bedarf aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und der Entwicklung energiesparender Technologien auch in Zukunft weiter zurückgehen wird. Andererseits ist es aus den im Vorherigen genannten Gründen selbst bei einem solchen Rückgang der Ölimporte und des Ölverbrauchs nicht sehr wahrscheinlich, dass die Abhängigkeit vom Nahen Osten kurzfristig abnimmt. Die japanische Regierung geht davon aus, dass der Ölbedarf zwischen 2021 und 2027 um mehr als 7,5 % zurückgehen wird. Doch selbst, wenn dieser Rückgang vollständig auf verringerte Rohölimporte aus dem Nahen Osten zurückzuführen wäre, ist es unwahrscheinlich, dass Japans Abhängigkeit vom Nahen Osten unter 70 % fallen wird.

Das verstärkte Nahost-Engagement der Regierung unter Premierminister Abe

Die zweite Regierungszeit von Premierminister Abe (Dezember 2012 bis September 2020) hat sich im Gegensatz zu vorherigen Regierungen aktiv im Nahen Osten engagiert. Nach der Regierung unter Premierminister Koizumi (April 2001 bis September 2006), die

sowohl die Terroranschläge vom 11. September 2001 als auch die US-Invasion in Afghanistan und den Irakkrieg erlebte, war Premierminister Abe der erste japanische Premierminister, der den Nahen Osten besuchte – einmal während seiner ersten und neunmal während seiner zweiten Amtszeit.

Dies ist auf die enorme Wichtigkeit der dortigen Stabilität für die Energiesicherheit Japans sowie auf die zunehmende Zahl von Vorfällen zurückzuführen, bei denen japanische Staatsangehörige und japanische Interessen inmitten der Instabilität dieser Region zum Ziel von Terroranschlägen und militärischen Konflikten wurden. Die Regierung unter Premierminister Abe betonte mit ihrer Politik des „aktiven Pazifismus“ ihr Engagement für die Stabilisierung des Nahen Ostens ebenso unter dem Gesichtspunkt, damit einen Beitrag zur Stabilität der internationalen Ordnung zu leisten.

In der Nationalen Sicherheitsstrategie, die erstmals im Dezember 2013 formuliert worden war, heißt es:

„Die Stabilität im Nahen Osten ist im Zusammenhang mit einer stabilen Energieversorgung für das Überleben und den Wohlstand unseres Landes von unmittelbarer Bedeutung. Die Golfstaaten stellen die größte Rohölquelle für unser Land dar, und um die Stabilität in dieser Nahost-Region zu gewährleisten, (...) werden wir uns um

den Aufbau einer vielschichtigen Kooperationsbeziehung bemühen, die unter anderem die Bereiche Wirtschaft, Politik und Sicherheit umfasst. Japan wird eine aktive Rolle bei der Lösung von Fragen spielen, die für die Stabilität im Nahen Osten von Bedeutung sind – darunter die durch den Arabischen Frühling ausgelöste Frage nach der dortigen Demokratisierung, die Lage in Syrien, die iranische Nuklearfrage, der Frieden im Nahen Osten und die Friedenskonsolidierung in Afghanistan.“

Außerdem sind Terroranschläge auf japanische Staatsangehörige und japanische Interessen zu einer ernsthaften Bedrohung geworden, nachdem der Arabische Frühling 2011 in den Ländern des Nahen Ostens und Afrika Bürgerkriege und Regierungszusammenbrüche ausgelöst hatte und internationale Terrororganisationen wie Al-Qaida und der „Islamische Staat“ (IS) aktiv geworden waren. Kurz nach dem zweiten Amtsantritt von Premierminister Abe im Januar 2013 verübten bewaffnete Organisationen der Al-Qaida einen Anschlag auf eine Erdgasanlage im Südosten Algeriens, bei dem zehn

Besuche von japanischen Premierministern im Nahen Osten

Erste Regierung unter Premierminister Abe	April - Mai 2007	Saudi-Arabien, VAE, Kuwait, Katar, Ägypten
Zweite bis vierte Regierung unter Premierminister Abe	April - Mai 2013	Saudi-Arabien, VAE, Türkei
	August 2013	Bahrain, Kuwait, Katar, Dschibuti
	Oktober 2013	Türkei
	Januar 2014	Oman
	Januar 2015	Ägypten, Jordanien, Israel, Palästina
	November 2015	Türkei
	April - Mai 2018	VAE, Jordanien, Israel, Palästina
	Juni 2019	Iran
	Januar 2020	Saudi-Arabien, VAE, Oman
Regierung unter Premierminister Kishida	April - Mai 2023	Ägypten (sowie Ghana, Kenia, Mosambik und Singapur)
	Juli 2023	Saudi-Arabien, VAE, Katar

(Erstellt vom Autor auf Grundlage von Quellen des Außenministeriums)

japanische Staatsangehörige ums Leben kamen. Im Jahr 2015 wurden darüber hinaus japanische Staatsangehörige vom IS in Syrien festgehalten und getötet, während weitere japanische Staatsangehörige in demselben Jahr bei einem IS-Anschlag auf ein Museum in Tunesien ums Leben kamen. Vor dem Hintergrund dieser Vorfälle hat die japanische Regierung ihr System zum Sammeln und Konsolidieren von Informationen über die Situation im Nahen Osten und den internationalen Terrorismus verstärkt und im Dezember 2015 die *Counter-Terrorism Unit* (CTU) eingerichtet. Auf dem G7-Gipfeltreffen in Ise-Shima im Mai 2016 hat Japan als vorsitzendes Land außerdem den „G7-Aktionsplan zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus“ erarbeitet.

Japan hat versucht, eine „Vermittlerrolle“ im Nahen Osten einzunehmen, während das dortige Engagement der US-Regierung unter Präsident Trump, der 2017 sein Amt antrat, nachließ, und die Konflikte zwischen den Ländern dieser Region sich verschärften. Im Juni 2019 stattete Premierminister Abe dem Iran den ersten Besuch eines amtierenden Premierministers seit fast 41 Jahren ab, woraufhin Staatspräsident Rohani im Dezember nach Japan reiste. So setzte man sich aktiv dafür ein, dass die Spannungen zwischen den USA und dem Iran nachließen. Zudem beschloss das Kabinett zum Zweck der Informationsbeschaffung die Entsendung von Selbstverteidigungsstreitkräften in das nördliche Arabische Meer und den

Golf von Aden, um auf diese Weise die Sicherheit der japanischen Schiffe zu gewährleisten. Die Ermordung des iranischen Kommandeurs Soleimani durch das US-Militär am 3. Januar 2020 führte jedoch zu einer Eskalation der Spannungen zwischen den USA und dem Iran, wodurch die japanischen Vermittlungsbemühungen nun weitestgehend aussichtslos waren. Dennoch reiste Premierminister Abe ab dem 11. Januar nach Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Oman, um dazu beizutragen, die Spannungen in dieser Region abzubauen.

Als die USA ihr Engagement im Nahen Osten reduzierten und das dortige politische und sicherheitspolitische Umfeld immer unbeständiger wurde, bemühte sich Japan verstärkt um eine entspannte und stabile Situation in dieser Region, um sowohl Energiesicherheit als auch die Sicherheit von Seestraßen zu gewährleisten. Traditionell konzentrierten sich die Beziehungen Japans zu den Ländern des Nahen Ostens auf wirtschaftliche und kulturelle Aspekte, während der Einfluss in diplomatischer und sicherheitspolitischer Hinsicht eher begrenzt war. Um diese Herausforderung zu meistern, hat die Regierung unter Premierminister Abe ihre Präsenz durch eine verstärkte Gipfeldiplomatie, den Einsatz von Selbstverteidigungsstreitkräften und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern gefördert.

Japans Engagement in Hinblick auf den Wandel der regionalen Nahost-Ordnung und die „Dekarbonisierung“

Ab 2020 zeigten die Dialoge und inoffiziellen Verhandlungen in Bezug auf einen Spannungsabbau in den Ländern des Nahen Ostens Fortschritte, und die im Juni 2017 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Katar und den Nachbarländern (Katar-Krise) wurden im Januar 2021 wieder aufgenommen, wonach sich das Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und dem Iran nach sieben Jahren im März 2023 erneut normalisierte. Seit August 2020 normalisierten sich zudem die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Golfstaaten, Marokko und Sudan. Aufgrund dieser Entwicklungen zeigte sich das Risiko, dass ein plötzlicher Wandel der Situation im Nahen Osten die Energiesicherheit Japans bedrohe, wesentlich geringer als ein paar Jahre zuvor.

Andererseits hat sich der Ukraine- Krieg, der im Februar 2022 ausbrach, erheblich auf die japanische Energiesicherheit ausgewirkt. Zuvor hatte Japan knapp 4 % seines Rohöls aus Russland importiert; als die japanische Regierung jedoch beschloss, den Import von russischem Rohöl und Erdölerzeugnissen oberhalb des Höchstpreises zu verbieten, nahmen die Unternehmen Abstand davon, Öl aus Russland zu beziehen, wodurch die

Abhängigkeit Japans von Rohöl aus dem Nahen Osten stieg. Im Juni 2023 lag die Abhängigkeit von Rohölimporten aus dem Nahen Osten bei 97,3 %, darunter 41,5 % aus Saudi-Arabien, 37,4 % aus den VAE, 10,1 % aus Kuwait und 4,9 % aus Katar.

Die japanische Energiepolitik konzentrierte sich sowohl auf die Diversifikation von Öl-Beschaffungsquellen jenseits des Nahen Ostens als auch auf die Erschließung anderer, von Erdöl abweichender Energiequellen; darüber hinaus hat sie sich um Energieeinsparungen bemüht. Die Beschaffung von russischem Rohöl und Erdgas stand dabei im Einklang mit ebendieser Politik, wobei die Ironie des Schicksals dazu geführt hat, dass sich die Abhängigkeit vom Nahen Osten durch den Wegfall der russischen Importe auf fast 100 % erhöht hat.

Im diplomatischen Blaubuch von 2023 heißt es, dass der Nahe Osten mit etwa 50 % der weltweiten Erdölreserven und etwa 40 % der Erdgasreserven sowohl eine wichtige Energieversorgungsregion auf globaler Basis darstellt als auch über ein hohes Marktpotenzial verfügt, indem wirtschaftliche Diversifikation und Dekarbonisierung aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums insbesondere in den Golfstaaten weiter voranschreiten. Im Blaubuch heißt es noch, dass gleichzeitig in dieser Region historisch bedingte Konflikte und Konfrontationen sowie eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren und Herausforderungen existieren, darunter die

Spannungen zwischen dem Iran und seinen Nachbarländern, die politischen Unruhen seit dem Arabischen Frühling und das Risiko der Ausbreitung von gewalttätigem Extremismus. Ferner heißt es, dass in Bezug auf die Aufrechterhaltung und Stärkung einer freien und offenen Weltordnung auf Grundlage der Rechtsstaatlichkeit aktive diplomatische Bemühungen unternommen werden, um im Rahmen verschiedener Gespräche wie dem „Japan-Arab Political Dialogue“ zum Spannungsabbau und zur Stabilisierung der Situation im Nahen Osten beizutragen, wobei die Probleme und Bedürfnisse der einzelnen Länder vollumfänglich berücksichtigt werden.

Wie bereits erwähnt, zielt Japans gegenwärtige Nahost-Diplomatie nicht nur auf die Sicherstellung einer Versorgung mit Erdöl und Erdgas ab, sondern auch darauf, Potenzial für eine umfassendere Zusammenarbeit zu finden. Im Juli 2023 besuchte Premierminister Kishida die arabischen Golfstaaten. Dies war der erste Besuch eines japanischen Premierministers in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten seit dreieinhalb Jahren und der erste in Katar seit einem Jahrzehnt. Zusätzlich zur Stabilisierung der Energiebeschaffung wurde im Rahmen dieses Besuchs eine Kooperation in Bezug auf die Herstellung von Wasserstoff und Ammoniak sowie die praktische Anwendung von Technologien zur Dekarbonisierung vorgeschlagen, um den Nahen Osten als zukünftiges globales Versorgungszentrum für saubere Energie und wichtige

Mineralien zu etablieren. Darüber hinaus wurden während des Besuchs von Premierminister Kishida über 50 Memoranda zwischen Regierungen bzw. Unternehmen verschiedener Länder mit japanischen Unternehmen unterzeichnet.

Premierminister Kishida betonte dabei die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Japan und dem Nahen Osten zu einer „neuen globalen Partnerschaft, die über die konventionelle Energiebeziehung zwischen ölverbrauchenden und ölproduzierenden Ländern hinausgeht“. Eine stärkere Beziehung zu den Ländern des Nahen Ostens, in deren Mittelpunkt die wirtschaftliche und technologische Kooperation in Zusammenarbeit mit der Dekarbonisierung steht, stellt eine sinnvolle diplomatische Strategie dar, die auf den japanischen Stärken und der gegenwärtigen internationalen Lage basiert und im Zuge des Übergangs zur Dekarbonisierung zu einer stabilen Versorgung mit Erdöl und Erdgas beitragen kann. So lässt sich der Besuch von Premierminister Kishida in den Golfstaaten als Grundlage für Japans erweiterte politische und wirtschaftliche Präsenz im Nahen Osten ansehen.

Der Angriff der bewaffneten palästinensischen Organisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sowie die dadurch ausgelöste anschließende Großoffensive des israelischen Militärs im Gazastreifen haben das Risiko für eine enorme Instabilität des Nahen Ostens jedoch deutlich erhöht. Auch die USA,

die ihr Engagement im Nahen Osten eigentlich reduzieren wollten, werden vermutlich gezwungen sein, ihre diesbezügliche Politik zu ändern. Es wurden zudem bereits japanische Schiffe im Roten Meer angegriffen und gekapert, weshalb die japanische Regierung das Engagement aufrechterhalten muss, um eigene Interessen zu schützen und Spannungen im Nahen Osten abzubauen.

Zum Abschluss: Ist der Nahe Osten Teil der indopazifischen Region?

Da der Nahe Osten nach wie vor auf unterschiedlichste Weise dem Risiko von Instabilität ausgesetzt ist, gleichzeitig jedoch auch ein Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung aufweist, ist die Verknüpfung (*Nexus*) zwischen den Maßnahmen für politische Stabilität und Wirtschaftswachstum von entscheidender Bedeutung. Wenn Japan eine umfassendere Kooperationsbeziehung mit dem Nahen Osten aufbauen und dadurch zu politischer Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung in der Region beitragen kann, ließe sich dadurch auf einige Erfolge hoffen – darunter aus kurzfristiger Sicht die Verringerung des Konfliktrisikos und aus mittel- bis langfristiger Sicht sowohl die Gewährleistung der Energiesicherheit in der asiatischen Region, einschließlich Japans, als auch die Förderung der Dekarbonisierung weltweit.

In dieser Hinsicht könnte das Konzept bzw. die Strategie des „Freien und

Offenen Indopazifiks“ (FOIP) in Form eines geostrategischen und multilateralen Kooperationsmechanismus, der wirtschaftliche, diplomatische und sicherheitspolitische Aspekte miteinander vereint, als Achse der japanischen Nahost-Diplomatie dienen. Anders gesagt, wird dadurch gegenüber dem Nahen Osten vermutlich Raum für die Zusammenarbeit und das Engagement der Länder außerhalb dieser Region – Japan inbegriffen – geschaffen, um die Sicherheit der Seewege und der Energie im Indopazifik zu gewährleisten.

Andererseits sind sich die vier Staaten des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs (QUAD), die das Konzept bzw. die Strategie des FOIP anführen, nicht darüber einig, ob der Nahe Osten und afrikanische Regionen in den indopazifischen Raum miteinbezogen werden sollen. Insbesondere in der jeweiligen indopazifischen Strategie der USA und Australiens findet der Nahe Osten kaum Erwähnung. Traditionell pflegt Indien enge Beziehungen zu den Golfstaaten des Nahen Ostens sowie zu Ostafrika, wobei es sich ausschließlich um bilaterale Beziehungen handelt, die nicht auffallend in den indopazifischen Kontext eingebunden sind.

Im Jahr 2017 betonte der damalige Außenminister Taro Kono, dass der Nahe Osten im Mittelpunkt der japanischen indopazifischen Strategie stünde, und gerade die Wahrung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten für die Gewährleistung einer freien und

offenen Seeordnung unerlässlich sei. Im diplomatischen Blaubuch 2023 heißt es außerdem, dass Oman ein geopolitisch vorteilhafter Standort mit Zugang zum Golf von Aden und zum Indischen Ozean sei und daher ein wichtiges Land im Zuge der Umsetzung des FOIP-Konzepts darstelle. Es wurde jedoch keine klare Strategie geäußert, auf welche Weise diese Nahost-Region in ebendieses Konzept miteinbezogen werden soll.

In dieser Hinsicht weist China mit seiner Initiative „Neue Seidenstraße“ (*Ein Gürtel, eine Straße*) strategisch und inhaltlich einen erheblichen Vorsprung auf, indem es den Nahen Osten und afrikanische Regionen klar in seine makropolitische regionale Strategie einbezieht und konkrete Projekte auf den Weg gebracht hat. Der Nahe Osten ist eine Region, in der sich „Gürtel“ und „Straße“ der Neuen Seidenstraße verknüpfen und durch welche die Seewege zwischen dem Mittelmeer und den Indischen Ozean verlaufen und ist aus diesem Grund für diese Initiative von enormer Bedeutung. Außerdem verstärkt China sein Engagement im Nahen Osten im politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich, unter anderem durch die Teilnahme von Präsident Xi Jinping

am chinesisch-arabischen Gipfeltreffen und der Vermittlerrolle zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Allerdings liegt Chinas Energieabhängigkeit vom Nahen Osten in Bezug auf Rohölimporte bei weniger als 50 % (2021), was im Vergleich zu Japan äußerst gering ist. Dies lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass viele große chinesische Energieunternehmen vom Staat verwaltet und von der Regierung so reguliert werden, dass nicht übermäßig viele Importe nur aus bestimmten Regionen oder Ländern erfolgen.

Die gegenwärtige Situation im Nahen Osten und in afrikanischen Regionen, wo die USA ihr Engagement reduzieren und gleichzeitig die politische und militärische Präsenz Russlands und Chinas zunimmt, wirkt sich erheblich auf wirtschaftliche Aktivitäten Japans und seine Sicherheit aus. Für Japan ist es nicht nur zur Gewährleistung der Energiesicherheit, sondern auch zur Gewährleistung der Sicherheit von Seewegen, zur Aufrechterhaltung einer liberalen Weltordnung sowie aus Sicht seiner geopolitischen Strategie im Indopazifik zunehmend notwendig, seine Beziehungen zum Nahen Osten zu vertiefen, zu erweitern und zu diversifizieren.

Literaturangaben

Amane Kobayashi (2020), "Challenges for Japan in Integrating the Middle East and Africa into the Free and Open Indo-Pacific Strategy/Vision," in JIME Center, the Institute of Energy Economics, Japan, *The Changing Security Environment in the Middle East and the Role of the US-Japan Cooperation*

Amane Kobayashi (2021), "Destabilization in the Middle East and Its Impacts on Japan's Energy Security," in JIME Center, the Institute of Energy Economics, Japan, *The Changing Security Environment in the Middle East: China's Expansion, Security-development Nexus, and the Possibility of US-Japan Cooperation*

Amane KOBAYASHI



Amane Kobayashi, Ph.D., ist Senior Researcher am Institute of Energy Economics, Japan (IEEJ). Zu seinen Fachgebieten gehören Politik und Sicherheit des Nahen Ostens und Nordafrikas mit Schwerpunkt auf Libyen, internationale Sicherheit und Energiegeopolitik.

Von 2021 bis 2023 arbeitete er als stellvertretender Missionsleiter in der japanischen Botschaft in Libyen, wo er für politische und wirtschaftliche Angelegenheiten sowie für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zuständig war. Zuvor war er für das Japan Institute of International Affairs (JIIA), das Center for Strategic and International Studies (CSIS) in den USA und die Keio-Universität in Japan tätig. Von 2013 bis 2014 arbeitete er außerdem für die Japan International Cooperation Agency (JICA) an der Entwicklung Libyens nach dem Konflikt. Er lehrt/lehrt internationale Beziehungen und Sicherheit, zeitgenössische Politik im Nahen Osten und Energiepolitik an mehreren Universitäten in Japan.

Er promovierte in Medien und Governance und erwarb einen B.A. in Politikmanagement an der Keio-Universität, Japan. Er war Forschungsstipendiat an der Universität von Nairobi, Kenia.